



Datum

7. Juni 2011

Engagement gegen HIV/Aids fortsetzen – Zugang zu Therapie darf kein Privileg sein

Anlässlich der Konferenz der UN-Mitgliedstaaten vom 8.-10. Juni 2011 in New York zu HIV/Aids, bei der die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie überprüft und neue Verpflichtungen vereinbart werden sollen, fordert Peter Weiß, Sprecher des Sachbereichs "Weltkirchliche Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit" des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK): "Wir dürfen in unserem Engagement gegen HIV/Aids nicht nachlassen. HIV/Aids prägen insbesondere in Subsahara-Afrika das Leben der Menschen und sind zu einem zentralen Entwicklungshemmnis geworden." Dreißig Jahre nach dem Ausbruch der Pandemie seien zwar viele Erfolge im Kampf gegen HIV/Aids zu verzeichnen. Aber immer noch hätten viele Menschen keinen Zugang zu Therapien, neun Millionen Menschen erhielten nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation im Jahr 2010 keine antiretrovirale Medikamente, obwohl sie sie benötigen. "Dies gilt insbesondere für die am meisten betroffenen Länder in Afrika", so Peter Weiß, "eine angemessene medizinische Versorgung von Aids-Kranken ist auch heute noch ein Privileg der Industrienationen und einiger Schwellenländer."

"Die Größe der Herausforderungen birgt die Gefahr resignativer Abwehr, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Problematik von HIV/Aids ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Auch nach dreißig Jahren sind die Herausforderungen von HIV/Aids noch lange nicht überwunden, heute sind weltweit 33,3 Millionen Menschen HIV-infiziert", so Peter Weiß. Die UN-Mitgliedstaaten müssten sich ihrer bleibenden Verantwortung im Kampf gegen HIV/Aids weiterhin und verstärkt stellen. Dazu gehöre nicht zuletzt die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel, zu denen sich die einzelnen Staaten bereits verpflichtet haben. Deshalb fordert Peter Weiß: "Die deutsche Bundesregierung muss die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele voranbringen durch eine verlässliche finanzielle Beteiligung am Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Außerdem muss sie ihrer eingegangenen Verpflichtung nachkommen, ihre Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) auf 0,7 Prozent des Bundesnational Einkommens bis 2015 zu erhöhen." Das UN-Treffen, bei dem auch eine deutsche Delegation vertreten ist, dürfe nicht ohne wegweisende gemeinsame Beschlüsse für die zukünftigen Maßnahmen der HIV-Prävention und der Aids-Behandlung bleiben.

Pressestelle Hochkreuzallee 246. 53175 Bonn
Postfach 24 01 41. 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 28 **Fax** +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de **Web** www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher